

**Rede
des Sprechers für Kommunalpolitik**

Bernd Lynack, MdL

zu TOP Nr. 2a

Aktuelle Stunde

Bepöbelt, bedroht und angegriffen – Hass und Gewalt gegen Bürgermeister nehmen zu

Antrag der Fraktion der CDU – Drs. 18/198

während der Plenarsitzung vom 24.01.2018
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Anrede,

KommunalpolitikerInnen und allen voran unsere BürgermeisterInnen sind die „Vorposten“ unserer Demokratie. Tag und Nacht im Einsatz für „ihre“ Kommune, immer erreichbar und erstmal zuständig für alles, was vor Ort so anfällt. Egal, ob es um die nicht abgefahrene Mülltonne geht, die Verspätung der Buslinie oder die Schließung der letzten verbliebenen Dorfkneipe.

Unsere BürgermeisterInnen sind allzuständig! Jeder weiß, wo sie wohnen und wie sie zu erreichen sind. Das ist auch gut so – und ich behaupte mal, dass fast allen diese Umstände auch bekannt waren, bevor sie sich zur Wahl gestellt haben. Menschen, die Land und Leute aus dem Effeff kennen und einen „Plan“ dafür haben, das Leben vor Ort jeden Tag ein bisschen besser zu gestalten – und vieles andere dafür hinten anstellen.

Dafür, liebe Kolleginnen und Kollegen, sage ich im Namen meiner Fraktion erst einmal ein ganz herzliches „Dankeschön“!

Zunehmend mehren sich aber in jüngster Vergangenheit leider Meldungen über Bedrohungen, Hetze und Gewalt gegen kommunale MandatsträgerInnen.

So wurde z. B. die heutige Kölner Oberbürgermeisterin, Henriette Reker, schon 2015 bei einem Wahlkampfauftritt von einem Rechtsextremisten mit einem Messer angegriffen und lebensgefährlich verletzt.

Zu den jüngsten Zwischenfällen zählen eine Messerattacke gegen den Bürgermeister von Altena, Andreas Holstein, sowie Morddrohungen gegen den ehrenamtlichen Bürgermeister von Beierstedt, Michael Burda, und ein „Shitstorm“ in den sogenannten sozialen Netzwerken gegen Volker Hatje, den Bürgermeister von Elmshorn, Ende 2017.

Die Liste dieser erschütternden Ereignisse ließe sich leider weiter fortsetzen. Alle- samt Vorfälle, die wir aufs schärfste verurteilen und allen Betroffenen nur raten können, jeden einzelnen Fall zur Anzeige zu bringen.

Zurückhaltung und Schweigen, auch wenn ich solche Gedanken auf den ersten Blick aus eigenem Erleben nachvollziehen kann, sind hier absolut fehl am Platz. So würden nicht nur Nachahmer ermutigt. Vielmehr würden wir Gefahr, laufen die TäterInnen in ihrem Verhalten zu bestärken.

Wenn kommunale Amts- und MandatsträgerInnen Opfer derartiger Gewalt werden und sogar ihr Amt aufgeben müssen, um sich und ihre Familien zu schützen, ist das ein frontaler Angriff auf unsere Demokratie, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

Da können, wollen und werden wir nicht wegsehen und ganz sicher die Betroffenen auch nicht alleine lassen.

Bevor allerdings die in diesen Zusammenhängen oft reflexartigen Rufe nach mehr Sicherheit und härteren Gesetzen laut werden, plädiere ich dafür, zu prüfen, ob die vorhandenen gesetzlichen Mittel nicht schon ausreichen und ggf. konsequenter ausgeschöpft werden müssten. Darüber hinaus sollten wir, bei aller Verachtung gegenüber solchen Taten und dem damit verbundenen persönlichen Schutzbedürfnis, darauf achten, dass unsere Rathäuser nicht zu Festungen werden.

Es ist auch niemandem damit geholfen, wenn man – übertrieben gesagt – erst nach einer umfänglichen Personenkontrolle mit seiner Bürgermeisterin oder seinem Landrat sprechen kann. Politik – und insbesondere Kommunalpolitik – lebt vom persönlichen Kontakt. Neue Sicherheitsbarrieren wären Gift für unser Zusammenleben vor Ort und Wasser auf den Mühlen derer, die uns darin beschränken wollen.

Selbst die Kölner Oberbürgermeisterin sagt mit dem jetzigen Abstand, dass derartige Attentate das Leben verändern. Was sich allerdings nicht ändern dürfe, sei unser Verhalten!

Lassen Sie uns deshalb gemeinsam – zusammen mit den kommunalen Spitzenverbänden – darüber beraten, welche Schutzmechanismen wir bereits haben. Wie wir sie eventuell besser umsetzen und ggf. konsequenter ahnden können.

Anrede,

wir alle sind gefordert, Augen und Ohren offen zu halten. Jeglichen Anfeindungen, egal ob auf der Straße, in den Rathäusern oder in den sozialen Netzwerken, entschieden entgegenzutreten. Gerade in den letzten Monaten hat sich – nicht zuletzt beim Juli-Hochwasser – gezeigt, wie groß der Zusammenhalt in unserer Gesellschaft ist.

Großen Zuspruch und Solidarität erfahren hat übrigens auch der Beierstedter Bürgermeister Michael Burda. Er hat Anzeige erstattet, die Bedrohungen öffentlich gemacht und dadurch die Gewissheit, dass nicht nur „sein“ Gemeinderat, sondern auch große Teile der BürgerInnen hinter ihm stehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Beispiele zeigen, dass unser Zusammenhalt weitaus größer ist als die vermeintliche Macht anonymen Demokratiefeinde. Lassen Sie uns deshalb gemeinsam couragiert dafür eintreten, dass das auch so bleibt.

Herzlichen Dank!